



Notizen zur Zuger Kantonsrats-Sitzung 7. März 2019

Kantonsratssitzung vom 7. März 2019: Schlussabstimmung Hauptstützpunkt der ZVB mit grossem Mehr, Detektive gegen Sozialhilfe-Missbrauch und Gegenwehr zu Tempo 30.

Folgend meine persönlichen Notizen zur KR-Sitzung:

A) ZVB Hauptstützpunkt – Schlussabstimmung mit hoher Zustimmung

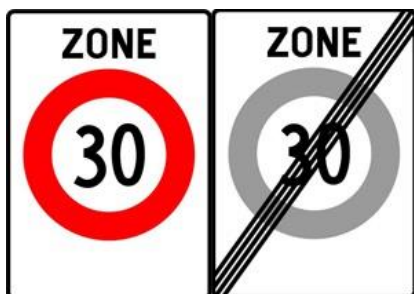
Es ist viel Geld und der Standort war bei Stadtzuger Kantonsräten umstritten. In der Schlussabstimmung war die Zustimmung mit 57 Ja zu 8 Nein sehr gross. Der Kanton Zug investiert somit 195.5 Millionen Franken in einen neuen Hauptstützpunkt der Zugerland Verkehrsbetriebe ZVB am bisherigen Standort in der Stadt Zug. Die Investitionssumme ist so hoch, da bei herausforderndem Baugrund tief in den Boden gebaut wird und auch der Stützpunkt des Rettungsdienst Zug (RDZ), der Zuger Polizei und Büros der kantonalen Verwaltungen im Bauvolumen enthalten sind. Dies ist ein für den Kanton bedeutendes und langfristig wirkendes Infrastrukturinvestment.

Die Zustimmung war wohl aus zwei Gründen so hoch. Erstens ist der Bedarf unbestritten. Die jetzige Infrastruktur ist veraltet und kann die Entwicklung mit Wachstum und technischer Innovation nicht mehr mitmachen. Zweitens wurde von allen Seiten attestiert, dass das Projekt betreffend Konzeption, Finanzierung und Standortauswahlverfahren hervorragend vorbereitet wurde.



B) Tempo 30 in der Zuger Innenstadt – zurück an den Absender

Der Absender der Antwort zur SVP-Motion gegen die Einführung von Tempo 30 in der Zuger Innenstadt war der Regierungsrat in alter Zusammensetzung Ende 2018. Dieser wollte Tempo 30 nicht nur auf der Grabenstrasse (Kolinplatz bis Casino), wo dies aufgrund eines Gerichtsurteils eingeführt werden soll. Nein der Regierungsrat ist übers Ziel hinausgeschossen und wollte auch den Abschnitt Neugasse (Postplatz bis Kolinplatz) und die Ägerstrasse ab Kolinplatz mit Tempo 30 versehen. Der Rat folgte mit einer Mehrheit von 36 zu 29 Stimmen dem Antrag der FDP zur Teilerheblich-Erklärung, d.h. mit Grabenstrasse (wo ein Gerichtsurteil vorliegt und ohne Ägerstrasse

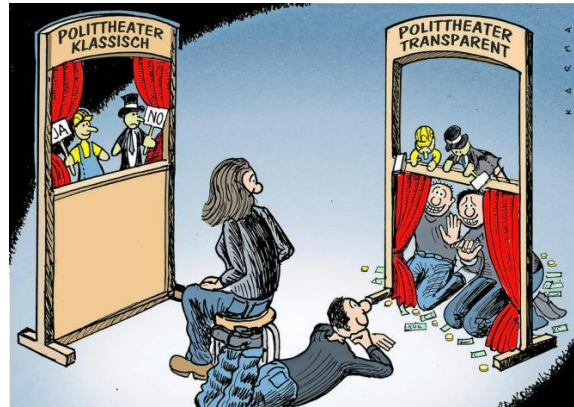


und Neugasse. Somit muss der Regierungsrat mit seiner Absicht an Durchgangsstrassen Temporeduktionen einzuführen nochmals über die Bücher. Für mich zieht das Argument der 30-Befürworter nicht, man könne während dem Tag mit dem Verkehrsaufkommen ja sowieso meistens nicht mehr als 30 zu fahren. Sehr schnell sind bei freier Strasse in der Nacht ein paar Kilometer zu viel auf dem Tacho und es droht ohne Gefährdung der Sicherheit eine hohe Busse.

C) Transparenz in Politik – übertriebene Forderung der SP ohne Chance

Die SP vergleicht den Stand der Schweiz betreffend Transparenz in der Politik mit Sri Lanka und Albanien. Ganz schön daneben, wenn man die Kontrollmechanismen der Schweizer direkten Demokratie und unsere umfassenden Mitwirkungsrechte in Betracht zieht. Gemäss einem Anliegen der SP sollen jegliche finanzielle Zuwendungen über 1'000 Franken von Firmen und über 5'000 von Privaten an politische Organisationen oder Komitees sowie Abstimmungsbudgets offengelegt werden. Weiter sollen alle Kandidierenden und Gewählten von öffentlichen Ämtern in Kanton und Gemeinde ihre Interessensbindungen offen legen und jährlich aktualisieren.

Das Anliegen hatte keine Chance und wurde mit 52 gegen 18 Stimmen zurückgewiesen. Ich habe mich enthalten. Der Grund ist, dass ich nichts gegen Transparenz habe, jedoch die zu extreme Ausgestaltung der SP-Motion nicht unterstützen konnte.



D) Sozialversicherungsdetektive – Ja das soll es auch im Kanton Zug geben können



Entsprechend einer Motion der CVP wird der Regierungsrat beauftragt im Sozialhilfegesetz Grundlagen für die Überwachung von Sozialhilfebeziehenden bei begründetem Verdacht auf Sozialhilfebetrug zu schaffen. Auch der Regierungsrat schloss sich diesem Anliegen in seiner Stellungnahme an. Die Zustimmung im Rat war mit 46 Ja zu 19 Gegenstimmen deutlich. Für mich aus nicht nachvollziehbaren Argumenten wollten die SP und ALG dies nicht. Es gebe so das Risiko dass Sozialhilfebezüger stigmatisiert würden. Bei Kontrollen habe es ergeben, dass nur rund 10% Missbrauchsfälle gefunden worden seien. Da haben die Linken Politiker aber einiges nicht verstanden. Es geht ja genau darum, dass dieser Missbrauch einer Minderheit verhindert wird und somit die ehrliche Mehrheit der Bezüger nicht in den gleichen Topf gesteckt wird.

Fazit: Dies ist ein kurzer Überblick über einige wesentliche Geschäfte der Kantonsratssession. Wie so oft wird dann auch noch lange über aus meiner Sicht unwesentliches debattiert. Ein paar Beispiele: Aus Sicht der Linken sollten die kantonalen weiblichen Angestellten für einen Frauenaktionstag im Juni vom Steuerzahler bezahlten Urlaub erhalten - unglaublich! (mit 50 zu 21 Stimmen abgewiesen). Konzerte in Haftanstalten sollten verboten werden (mit 40 zu 24 Stimmen abgelehnt). Die SVP will eine Standesinitiative von Zug gegen das EU-Rahmenabkommen. Dies betrifft Bundesrecht und ist nicht in kantonaler Kompetenz. Entsprechend war mit 43 zu 25 Stimmen zwar die Ablehnung klar. Aber da es für die Rückweisung einer Motion 2/3 Nein-Stimmen braucht, muss dies nun trotzdem von Regierung

und Parlament mit Berichten und Debatten behandelt werden. Wir betreiben im Kantonsrat halt manchmal auch medienwirksame Beschäftigungstherapie.

Herzliche Grüsse



Peter Letter

Kantonsrat

peter.letter@quickline.ch;

www.facebook.com/letter.peter